

Ercheint an jedem Werttag. Bestellungen nehmen sämtliche Postämter und Postboten entgegen.

Bezugspreis vom 29. Nov. bis 5. Dez. 50 Goldpfennige, einchl. Trägerlohn, Sing. Nr. 10 Goldpf., Grundpreis f. Anzeigen: Die einpaltige Zeile aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum 12 Goldpfennige, Restanten 85 Goldpfennige, Familienanz. 10 Goldpfennige. Bei gerichtl. Vertreibung und Konkursen ist der Rabatt hinfällig.

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Nagolder Tagblatt

Gründet 1888

48. Untereing. Straß und Verlag von G. M. Müller (Ersz. Hülter) Nagold.

Samstag den 2. Dez.

Bereitete Zeitung im Oberamtbez. — Anzeigen sind daher von bestem Erfolg.

Die Zeit. Wochens. wird in der Regel am Montag geliefert. Bei Abwesenheit des Abonnenten wird die Zeitung am nächsten Tag geliefert. Bei Abwesenheit des Abonnenten wird die Zeitung am nächsten Tag geliefert.

Telegramm-Adresse: Gesellschafter Nagold. Postfachkonto: Stuttgart 511 5.

Nr. 283

Montag den 3. Dezember 1923

87. Jahrgang

Treibt Deutschland Steuerjacobage?

Das behauptet Poincaré steif und fest. Deutschland schone die Steuerkraft seiner Bürger. Es könnte viel mehr leisten, als es bisher an Steuern aufgebracht habe. Darum könne man Deutschland keinen Nachlaß, nicht einmal einen Zahlungsausschub gewähren.

Wie steht es mit diesem Vorwurf? Nach § 12 der Anlage II zu dem verhängnisvollen Abschluß, der im Versailler Vertrag von den „Wiedergutmachungen“ handelt, hat die Entschädigungskommission u. a. von Zeit zu Zeit zu untersuchen, „ob das deutsche Steuerwesen verhältnismäßig genau so drückend ist wie das irgend einer andern in der Kommission vertretenen Macht.“

Die Brüsseler Konferenz vom Dezember 1920 mußte feststellen, daß die direkte Besteuerung, also von Besitz und Einkommen, keiner weiteren Steigerung mehr fähig sei, eine Tatsache, auf die Helfferich im Reichstag wiederholt hingewiesen hat. Der Verband hat also selbst zugegeben, daß in der direkten Besteuerung Deutschland bis an die Grenze der Unmöglichkeit gegangen sei.

Das war vor drei Jahren. Und jetzt! Wir stehen nicht mehr ferne vor dem 8. Dezember, einem kritischen Tag erster Ordnung. Auf diesen Termin sind Steuern von ungeheurer Ausdehnung fällig. Vor allem die Goldmark-Borauszahlung auf die Gewerbesteuer! Man stelle sich ein Gewerbesteuerkapital für 1922 — also zu einer Zeit, wo der Geschäftsgang sich erheblich besser gestaltet als heute — von 900 000 Mark vor. Dies macht an Steuern im Oktober 165, im November 100 und im Dezember 100 000 Goldmark! Dazu kommen eine weitere Vorauszahlung auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer, die halbe Rate der Rhein- und Ruhrabgabe, verbunden mit einer Devisenabgabe, und zuletzt noch das allerhöchste: die Lohnsummensteuer!

Unsere Besteuerung ist einfach so weit vorgeschritten, daß der Betrieb von vielen geschäftlichen Unternehmungen geradezu tödlich gefährdet ist. Betriebsbeschränkung und Betriebsstilllegung stehen in Sicht, und damit eine Arbeitslosigkeit, die nicht nur viele Familien in ihrer Existenz, sondern auch den Staat in seiner Sicherheit bedroht.

Poincaré behauptet, die Deutschen haben ihre Währung absichtlich selbst ruiniert, um sich ihren Zahlungsoverpflichtungen zu entziehen. Nein, er hat es getan. Seine Brüsseler Konferenz — um nochmals auf sie zurückzukommen — hatte seinerzeit festgestellt, daß die damalige Lage Deutschlands, die bekanntlich immer noch erträglich war, eine steuerliche Ausbringung der Entschädigungsleistungen nicht ermöglichte. Nun haben wir doch bis Ende September 1922 13,9 Milliarden Goldmark an Entschädigungen bezahlt. Das ist der Goldwert der von uns abgetretenen Güter (z. B. Saargruben, Handelsflotte usw.), Wertpapiere, Zahlungen, des im Ausland beschlagnahmten und unter dem Hammer gebrachten deutschen Eigentums usw. Hierin sind aber auch Zahlungen im Betrag von 1625,8 Millionen Goldmark inbegriffen, einer Summe, die auch von dem bekannten „Volkswirtschaftlichen Institut“ in Washington, also einer neutralen Instanz, auf Mark und Pfennig bestätigt wird.

Auf steuerlichem Weg konnten diese 1,6 Milliarden Goldmark nicht aufgebracht werden. Was blieb anders übrig, als zur Rotenpresse zu greifen. So legte die Inflation ein. Mit dieser härtesten aller Steuern, der Inkassosteuer, ist das deutsche Volk belegt worden. Alle Steuerbefreiungen, die die Verbandsländer zu tragen haben, und sie sind gewiß nicht gering, können keinen Vergleich aushalten mit dem Druck, den die Inflation, die Papiergeldwirtschaft über Deutschland verhängt hat. („Können wir zahlen?“ Ebd. Monatshefte Nov. 1923).

Noch hätte der zerstörende Gang der Inflation aufgehalten werden können. Räumlich durch eine internationale Kasse. Mit Hilfe fremden Kapitals hätte Deutschland die Verminderung seines eigenen Kapitals verhindert. Dadurch hätten wir eine Atempause erlangt, die uns, wie jüngst in Oesterreich, eine wirtschaftliche Kräftigung gebracht hätte. Aber Poincaré hat auch diese Versuche gleich in ihren Anfängen erstickt.

Wie ganz anders war es 1871! Auch damals brauchte Frankreich, um die fünf Milliarden Franken aufzubringen, ausländische Anleihen. Bismarck ist nicht dazwischen getreten. Er war goldfroh, daß Frankreich seinen Verpflichtungen so schnell als möglich nachkommen konnte. Da er begünstigt auf alle erdenkliche Weise jedes Mittel, das zur Erholung des geschlagenen Feindes führte, eines Besiegten, dessen wirtschaftliche Kräfte in einem dreijährigen Krieg lange nicht so notgedrungen hatten wie Deutschland, das unter den ungeheuersten Kosten eines vierjährigen Krieges finanziell gänzlich zusammengebrochen war.

Nachmals: Nicht wir haben unsere Währung zerstört. Poincaré trifft hierfür die Schuld, wenn nicht die Hälfte, so doch die Hauptschuld. W. H.

Die Krise ohne Ende

Man schreibt uns aus Berlin: Kardorf-Albert-Jarres-Stegerwald-Marg, innerhalb einer Woche erlebte man fünf Kandidaten. Diejenige Stegerwalds schien die aussichtsreichste zu sein, bis sie sich an dem Gegenstand der Deutschnationalen und der Demokraten brach. Die Forderung der Deutschnationalen, daß der Marxismus auch aus der preussischen Regierung verdrängt werden müsse, hatte schon die Zustimmung der Zentrum- und der Deutschen Volkspartei gefunden, aber nach ihrem ganzen Aufbau und bisherigen Haltung an die die demokratische Partei der Forderung den beständigen Widerstand entgegenzusetzen, denn nach demokratischer Auffassung bedeutete sie, daß die Deutschnationalen das Reich von Preußen aus kurieren wollten. Die Demokraten waren bei der Bildung des bürgerlichen Blocks das Junglein an der Wage und sie machten davon Gebrauch. Dabei ist allerdings die Grundlage der Großen bürgerlichen Koalition zusammengebrochen. Man wird es Stegerwald nicht verdenken dürfen, daß er die Lust an der Kabinettsbildung gänzlich verlor. Die Berufung des Führers der Zentrumsfraktion Marx wird vom ganzen Reichstag einhellig als ein Ausnahmismittel der Verlegenheit angesehen, das dem gestürzten Kabinett Stresemann in der Not und unter anderem Namen wieder Leben für einige Zeit geben soll, wenn der Reichspräsident und die Linke nun schon nicht an die Auflösung des Reichstags herantreten wollen.

Die gegenwärtige dreifache Krise — des Reichstags, des Reichspräsidenten und des Reichspräsidenten — ist etwas Neues. Verfassungswidrigkeit reihte sich an Verfassungswidrigkeit, Regellosigkeit an Regellosigkeit. Den Anfang machte der Reichspräsident, der Stresemann die Ermächtigung zur Auflösung des Reichstags verweigerte. Dann folgte gegen allen parlamentarischen Brauch die Berufung Kardorffs, und um die Unregelmäßigkeit voll zu machen, noch der ganz unmögliche Auftrag an Albert. Gegen den Willen aller Parteien versuchte der Geheimrat Albert im Auftrag des Reichspräsidenten ein Geschäftsministerium zu bilden. Das war gegen den Sinn der Verfassung. Gegen Albert wurde Stegerwald von den Parteien auf den Scheitler erhoben. Damit griff der Reichstag in die Rechte des Reichspräsidenten ein. Der Erfolg hätte diesen letzten Streich wieder gut gemacht, indem der Präsident die Ernennung Stegerwalds nachholte. Aber angesichts dieses Mißerfolgs können dem Reichspräsidenten nur der Ausweg der Neuwahlen übrig zu bleiben. Er griff nach einer Maßnahme, die ihm von den Mittelparteien nahegelegt wurde. Hoffen wir, daß das neue Kabinett wenigstens die dringend nötige Finanz- und Währungsreform zu einem — verhältnismäßig — guten Ende führt. Das ist jetzt die wichtigste Aufgabe. Nach außen haben wir nichts mehr zu sagen.

Eine neue Herausforderung Poincarés

Vor kurzem ist an der deutsch-schweizerischen Grenze auf deutschem Boden, bei Singen ein französischer Hauptmann Penardes d'Armont festgenommen worden, der seit mehreren Jahren dem französischen General-Konsulat in Basel zugeteilt ist und dort aus wirtschaftlicher und politischer Spionage gegen Deutschland betriebelt hat. Auf Grund des umfangreichen Beschlagnahmestoffes hat der Oberreichsanwalt ein Verfahren gegen d'Armont eingeleitet. Die französische Regierung hat sich für ihren Agenten eingesetzt und unter dem Vorwand nicht entsprechender Vorgebe, die Verhaftung sei auf schweizerischem Boden erfolgt. Gegenmaßnahmen im besetzten Gebiet angedroht. Die deutsche Regierung hat hierauf folgende Note an die französische Botschaft gerichtet, in der es u. a. heißt:

„Die Deutsche Regierung stellt fest, daß die französische Regierung es wieder einmal für gut befunden hat, durch Mißbrauch der ihr in den besetzten Gebieten zu Gebote stehenden Machtmittel die Beeinträchtigung eines ordentlichen deutschen Gerichtsverfahrens zu versuchen.“

Die französische Regierung scheint in Anspruch nehmen zu wollen, daß ihre Staatsangehörigen in Deutschland nicht nach Recht und Gesetz behandelt werden, sondern das Vorrrecht haben, straflos zu bleiben, was ihnen auch zur Last fallen mag. Gegen dieses Vorgehen, das sich von selbst richtet, erhebt die Deutsche Regierung feierlichsten Protest.“

Unter Nichtachtung der klaren Rechtslage und des deutschen Einspruchs sind die französischen Besatzungsbehörden nunmehr zur Verhaftung des Senatpräsidenten Lezberg vom Oberlandesgericht in Düsseldorf geschritten. Die Deutsche Regierung hat hierauf ihren Geschäftsträger in Paris angewiesen, nachdrücklich gegen diese Rechtsverletzung zu protestieren.

Die Verhaftung eines hohen richterlichen Beamten als Beispiel für einen der Spionage angeklagten Franzosen ist nichts anderes als ein Haß auf die deutsche Gerichtsbarkeit und eine neue Vergewaltigung der deutschen Gerichtsbarkeit und Verwaltung in den besetzten Gebieten. Hoffentlich wird

das erregteste Strafverfahren gegen den französischen Spion hierdurch nicht beeinflusst werden.

Nach Pariser Blättern soll von Deutschland eine „Entschädigung“ gefordert werden dafür, daß in Leipzig ein belgischer Beamter und ein französischer Feldwebel, die Spionage trieben, verhaftet wurden. Die deutsche Reichsregierung hat beim Botschafterrat sich entschuldigt; es wird verlangt, daß sie sich auch bei der französischen und der belgischen Regierung entschuldige.

Die Irrtümer in der Preisberechnung

Im hiesigen Wirtschaftsdienst, der ausgezeichneten deutschen Wirtschaftszeitung, befaßt sich Generaldirektor H. Kauter mit der Berechnung zu der Art der Kalkulation wie sie in der deutschen Geschäftswelt seit einiger Zeit beliebt und begründet wird. Er kommt dabei zu folgenden absehbaren Urteilen:

„In dem Augenblick, in welchem man Preise in Goldmark berechnet, mußte von Rechts wegen der alte bewährte Satz Verkaufspreis gleich Herstellungspreis + angemessenem Gewinn, wieder in Kraft treten, und damit hätten wir den ersten Schritt zur Befreiung unseres gänzlich verworrenen und unübersichtlichen Preiswesens getan. Andere Berechnung beruht auf der grundtätigen irigen Voraussetzung, daß ich, wenn ich von dem Verkäufer einer Ware, abzüglich Gewinn, die in Natura nicht wieder herstellen, sondern — immer in Gold gerechnet — mehr dafür aufwenden muß, einen Substanzverlust erkeide. Das ist aber falsch, denn wenn die Goldmarkbewertung in vollem Umfang, wie in der Vorkriegszeit, wieder eingeführt wäre — welcher Fall unbedingt über kurz oder lang eintreten muß —, dann werden wieder sämtliche Lagerbestände mit den Einkaufswerten als Höchstbetrag zu Buch stehen und sämtliche Betriebsausgaben, einschließlich Löhne und Gehälter, werden genau wie früher in Höhe der tatsächlich geleisteten Zahlungen in der Gewinn- und Verlustrechnung erscheinen. Verkauft also der Hersteller seine Erzeugnisse nach der alten Formel: Herstellungskosten + Gewinn zu festen Goldmarkpreisen, so muß in den Jahresbilanz stets ein Gewinn, und zwar ein tatsächlicher Goldgewinn, übrig bleiben, ganz gleichgültig, ob im Lauf des Rechnungsjahrs die Produktionssteuerung eine steigende war oder nicht. Dies allerdings nur so lange und unter der Voraussetzung, als die aus einer zurückliegenden Zeit herrührenden Lagerbestände wenigstens um so viel niedrigere Herstellungskosten verursacht haben, als die laufenden, zu festen Preisen übernommenen Aufträge infolge steigender Teuerung der Kosten bedingen. Dies wird aber in der weitaus größten Zahl der Fälle zutreffen, und es ist deshalb falsch und nach dem entwickelten Gesichtspunkt nicht vertretbar, wenn jetzt leider die Manier aufgekommen ist, sich gegen jedes Risiko der Produktionssteigerung dadurch decken zu wollen, daß dem Abnehmer zugemutet wird, den Wiederbeschaffungspreis in Gold nach denjenigen Einheitsätzen berechnet zu zahlen, die am Tag der Lieferung Gültigkeit haben.“

Zugegeben muß werden, daß der Fabrikant, der sich nicht so überfordert, sondern zu festen Goldmarkpreisen für noch herzustellende Waren abschließt, unter Umständen bei Abfertigung nicht die Geldmenge erhält, die er zu einer Neuankündigung derselben Menge aufwenden muß, also knapp an Betriebskapital wird, aber „Substanzverlust“ ist das nicht, sondern nur dieselbe Erscheinung, die von jeder aufricht, wenn die Kaufkraft des Geldes zurückgeht, und trotzdem wäre es früher seinem Geschäftsmann eingeleitet, seinem Abnehmer zu sagen: „Du wirst erst am Tag der Lieferung erfahren, was du zu zahlen hast!“ Der jetzt in weiten Kreisen der Industrie leider grossierende Zustand der Ueber-Sicherung ist tatsächlich widersinnig und nur aus Furcht vor der gänzlichen Ungewißheit unserer wirtschaftlichen Zukunft geboren. Wir haben alle miteinander die Nerven mehr oder weniger verloren und sitzen wie die Hühner beim Gewitter in den Wirtschaftsverbänden zusammen, wo immer einer den anderen im klugen Vorsichtsmahnen übertrumpft, und das Ganze schließlich auf den Ruin der deutschen Konkurrenzfähigkeit und damit auf den Niedergang unseres Volkswohls hinausläuft. Die wenigen Wirtschaftler, welche sich den Kopf kühl und klar erhalten haben, sollten es sich zur vornehmsten Aufgabe machen, mit allen Kräften der Einsicht zum Durchbruch zu überreden, daß die deutsche Wirtschaft nur gerettet kann, wenn jeder das Wohl der Gesamtheit auf lange Sicht höher einschätzt als Augenblickserfolge des eigenen Geschäfts, und wenn der Mann mit weniger Arbeit mehr leisten zu können, von allen Volkswirtschaften als verhängnisvoll erkannt und über Bord gemorren wird. Dazu gehört aber vor allen Dingen das Vorgehen der Führer mit gutem Beispiel.

Neue Nachrichten

Einberufung des Reichstags

Berlin, 2. Dez. Der Reichstag tritt am Dienstag, den 4. Dezember, nachmittags 3 Uhr zusammen.



Keine Reichslagsaufhebung — neues Ermächtigungsgesetz

Berlin, 2. Dez. Einem Berichterstatter des „Kochener Echo“ erklärte Reichskanzler Dr. Brüning, er wünsche die Aufhebung des Reichstags nicht, er hoffe vielmehr auf eine Verstärkung im Reichstag, auch wenn Sozialdemokratie und Deutschnationale bis jetzt noch außerhalb der Regierung bleiben.

Der Reichskanzler wird dem Reichstag, der am Dienstag zusammentreten soll, kurz seine Richtlinien vorlegen und zur Durchführung der Steuerpläne ein Ermächtigungsgesetz verlangen. Da diese Pläne keine Verfassungsänderung bedingen, so sei dafür keine Zweidrittelmehrheit des Reichstags erforderlich, das Ermächtigungsgesetz könne mit einfacher Mehrheit angenommen werden. Die Deutschnationalen werden dem Kabinett keine grundsätzliche Opposition machen.

Die Sozialdemokraten haben die Berufung des Abg. Emminger (Rager, Volksp.) zum Reichsjustizminister über aufgenommen.

Der Berliner „Matin“ meint, den neuen Reichskanzler Brüning oder vielmehr seinen Nachfolger erwarten übermenschliche Aufgaben. Es gelte im Innern Willkür zu geben. Das Ministerium des Auswärtigen übernehme wieder die Führung. Daraus gehe hervor, daß die erstklassigen Regierungsmänner Deutschlands sich immer noch zurückhalten.

Der Reichspräsident aus der Gewerkschaft ausgeschlossen

Berlin, 2. Dez. Die Gewerkschaftsleitung der Saitler hat ihr Mitglied Ebert mit allen gegen zwei Stimmen aus der Gewerkschaft ausgeschlossen. Ebert soll wegen seiner Haltung in der Kabinettstrikte aus allen Hauptgewerkschaften ausgeschlossen werden.

Die evang. Kirchenverfassung in Preußen genehmigt

Berlin, 2. Dez. Der preussische Staatsrat hat dem Gesetzentwurf über die Kirchenverfassung der evang. Landeskirchen in Preußen zugestimmt.

„Abbau“ der Notenzentrale

Berlin, 2. Dez. Ein der Reichsregierung nahestehendes Mitglied meldet anscheinend ganz harmlos, am 30. November sei ein „teilmweiser“ Stillstand der Reichs-Notenzentrale eingetreten, die bisher noch — zur Erledigung der vorliegenden Aufträge arbeitete. Auch ein erheblicher Teil der mit Banknotenherstellung beschäftigten Privatdruckereien sei mit dem 30. November aus der Notenzentrale ausgeschieden. Der „Abbau“ der Papier- und Banknotenherstellung werde „im beschleunigten Tempo weiterbetrieben“, und es werde für spätestens Ende der kommenden Woche die „vollkommene“ Stilllegung in Aussicht gestellt.

Es ist ja ganz nett, daß der „Abbau“ der Notenzentrale wenigstens so um den 10. Dezember herum in Aussicht gestellt werden kann, der nach dem klaren Wortlaut des Gesetzes und den verschiedenen Erklärungen der Reichsregierung mit der amtlichen Ausgabe der Rentenmark, d. h. am 15. November hätte beendet sein sollen, nachdem er damals schon um 6 Tage hinausgeschoben worden war. Freilich es kommt ganz auf den Umfang der „vorliegenden Aufträge“ an.

Die Erwerbslosenunterstützung wird beschnitten

Düsseldorf, 2. Dez. Die Besetzungsbehörden haben befohlen, daß die deutsche Reichsregierung und die Gemeinden des besetzten Gebiets vorläufig bis zum 1. Januar 1924 die Erwerbslosenunterstützung weiter zu bezahlen haben, mit der Maßgabe, daß die Zahlungen nicht über den Betrag der im Januar 1924 nötig werden, behalten sich die Besetzungsbehörden ihre Entscheidung vor.

Die landlichen Besetzungsbehörden haben die Arbeitslosigkeit absichtlich geschätzt: Rhein- und Ruhrland wird von ihnen politisch und wirtschaftlich als nicht mehr zum Reich gehörig betrachtet, aber dennoch soll das Reich für die französisch-besetzten Erwerbslosen den Unterhalt bezahlen. Die Papiermark-Inflation müßte also in weit verheerender Maß fortgesetzt und alsbald auf die Rentenmark übertragen werden. Wird die Reichsregierung auch diesen Vorschlag hinnehmen oder wird sie den auf die endgültige Verfestigung unserer Währung abzielenden Schlag unter allen Umständen abwehren?

134 000 Billionen getauscht

Berlin, 2. Dez. Am 29. Nov. haben die Franzosen in der Druckerei von Grubel in Dortmund 54 000 Billionen und bei Marks in Wülheim 70 000 Billionen Reichsbanknoten fortgenommen. Die Gesamtsumme der von den Besetzungsbehörden bisher requirierten Reichsbanknoten übersteigt nunmehr weit über eine halbe Trillion.

Die „Kölnische Zeitung“ ungedruckt

Köln, 2. Dez. Die „Köln. Zeitung“ teilt mit, daß sie auf Betätigung der Rheinlandkommission ihr Erscheinen vorläufig einstellen müsse. Vom 6. September ab war das Blatt von der Rheinlandkommission gegen die Stimme des englischen Kommissars auf 3 Monate verboten worden, die englische Besetzungsbehörde schickte sich indessen nicht an das Verbot, das somit nur im französisch-besetzten Gebiet wirksam wurde. Nachdem nun der passive Widerstand bedeutungslos eingestellt worden war, verlangten die Franzosen von den deutschen Regierungsbehörden in Köln die Durchführung des Zeitungserbotes. Das Blatt hat, da nun auch die englische Regierung infolge der schwächlichen Haltung der deutschen Politik ihren Schutz nicht mehr versehen zu sollen glaubte, vorläufig aufgehört. Am 6. Dezember läuft jenes Verbot ab, aber es ist abzuwarten, ob es von den Franzosen nicht erneuert wird.

Die Rheinische Bank

Paris, 2. Dez. Havas. Der Bankier Louis Hagen in Köln, der die Rheinische Bank mitgründete, teilte einem belgischen Berichterstatter nach seinen Verhandlungen mit der Reichsregierung mit, die deutsche Reichsregierung sei nicht gegen den Plan, die Bank werde anfangs nächsten Jahres ins Leben treten. Zwischen der Rheinlandrepublik und Frankreich müsse durch Vermittlung der Rheinlandkommission

tion in Koblenz eine wirtschaftliche und politische Verbindung geschaffen werden. Die Rheinlande sollten aber bei Deutschland bleiben.

Zwei Sachverständigen-Ausschüsse

Paris, 2. Dez. Die Entschädigungskommission hat in voller Einmütigkeit beschlossen, zur Untersuchung der deutschen Zahlungsfähigkeit zwei Sachverständigen-Ausschüsse aus Vertretern der verbündeten Mächte zu bilden. Der eine soll sich mit der Ausgleichung des Reichshaushalts und der deutschen Währung beschäftigen, der andere soll Mittel und Wege suchen, das ins Ausland geflüchtete Kapital aufzusuchen und zu fassen.

Brabourg erklärte, er hoffe, daß das englisch-französische Abkommen von den Vereinigten Staaten durch Beteiligung unterstützt werde.

Baldwin tut mit

Paris, 2. Dez. Der englische Vertreter in der Rheinlandkommission, Lord Rillington, erhielt von seiner Regierung die Weisung, englischerseits werde der Bewilligung der Eisenbahnen im besetzten Gebiet durch die Franzosen und dem Abkommen über die Gruben und die Industrie keine Hindernisse mehr in den Weg gelegt, vielmehr werden sich englische Beamte daran beteiligen.

Südflawien droht der deutschen Regierung

Belgrad, 2. Dez. Nachdem die deutsche Reichsregierung die Sachlieferungen auf Grund des Versailler Vertrags eingestellt hatte, war auch die südflawische Regierung dahin verständigt worden, daß sie bis auf weiteres keine Lieferungen mehr zu erwarten habe. Südflawien hatte dagegen in einer Note an Deutschland Einspruch erhoben. Die südflawische Presse erfährt erst heute den Wortlaut dieser Note und legt ihn dahin aus, daß die Belgrader Regierung drohe, falls die deutsche Regierung ihre Haltung nicht ändere, das deutsche Privateigentum in Südflawien zu beschlagnahmen.

Ausschließung von Neuguinea unter deutscher Leitung

Rotterdam, 30. Nov. Mit dem Plan, unter deutscher Leitung eine Gesellschaft zur wirtschaftlichen Ausschließung von Neuguinea zu bilden, haben sich nach einer Meldung des Nieme Rotterdamse Courant, auf Niederländisch-Indien die in Frage kommenden Kolonialbehörden unter Beiziehung der japanischen Banken beschäftigt. An der Spitze stehen u. a. auch Herzog Adolph von Mecklenburg teil, der im Anschluß daran nach Europa abreiste, um das Grundkapital zu beschaffen. Die geplante Gesellschaft soll unter Leitung sachverständiger ehemaliger Kolonialbeamter große Konzessionen in Neuguinea erhalten.

Mussolini beschwichtigt

Paris, 2. Dez. Der Berichterstatter des „Matin“ in Rom glaubt, auf Grund einer Umfrage in Regierungskreisen feststellen zu können, daß Mussolini in der Folge auch weiterhin die Selbständigkeit und von jedem auswärtigen Einfluß unabhängige Politik befolgen werde, die er eingeschlagen habe. Es würde ihn sehr überraschen, wenn man ihm anlässlich seiner Verhandlungen mit Spanien gegen Frankreich gewisse Absichten unterstelle. Das Ziel sei lediglich ein Handelsabkommen (?) und der Wunsch des Zusammenwirkens mit den lateinischen Mächten. Die Presse erklärt, daß der französische Alarm vollkommen unbegründet sei. — Das Organ „Don Euzorgo“, der „Popolo d'Italia“, erklärt sogar, England sei vorangehen, um mit Italien über ein Abkommen zu verhandeln zu dem Zweck, Frankreich gegen einen deutschen Angriff zu schützen. (1) Der allgemeine Eindruck gehe dahin, daß Italien bestrebt sei, sich dem englischen Standpunkt zu nähern. — Die „Dea Nazionale“ erklärt, die Haltung Mussolinis gegenüber Frankreich sei bis jetzt unbedingt loyal gewesen und es sei ein französischer Irrtum, die französisch-deutsche Gegnerschaft als etwas Grundlegendes für die anderen Länder der Entente zu betrachten. Ein Abkommen mit Spanien sei ein jeder Feindseligkeit barer, vollkommen unabhängiger Akt.

Amerikanische Redensarten

Honolulu, 2. Dez. Bei der Jahreshunderterfeier der „Montroel Doctrine“ (Amerika den Amerikanern) in Philadelphia sagte Staatssekretär Hughes in einer Rede: Die Vereinigten Staaten haben auch nach dem Hegereichen Krieg die politischen Ziele der Montroel-Doktrin nicht aufgegeben und weder Landzuwachs noch Entschädigungen verlangt. (Kabel-Schiffe, das beschlagnahmte deutsche Eigentum in Amerika im Wert von einigen Milliarden usw., das ist wohl keine „Entschädigung“?) Das amerikanische Volk trage seine eigenen Lasten und zu einem großen Teil die Lasten anderer. Amerika wolle aber nicht Europa seinen Willen aufzwingen oder ein Land seiner Rechte berauben. Es habe seine Waffen der „Freiheit“ (1) zur Verfügung gestellt, um die Gefahr einer selbstherrlichen Übermacht zu verhindern. Die Amerikaner haben tiefstes Mitleid mit Frankreich, mit dem sie die alte Freundschaft pflegen wollen und dem sie wünschen, daß seine gerechten Ansprüche befriedigt werden. Sie wollen ein geeintes und freies Deutschland sehen, das den Willen zum Frieden habe und bereit sei, Entschädigungen bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit zu zahlen und das für seine Arbeit entsprechend bezahlt werde. Die Kriegsergebnisse und nutzlosen Ausgaben sollten ein Ende haben, die Hyver des Hasses gelichtet werden usw. Auf ein Bündnis mit einer europäischen Macht werden sich die Vereinigten Staaten nie einlassen, sie verlangen gleiche Berechtigung wie die Verbündeten in allen Handelsverträgen.

Die erste Sitzung des Reichskabinetts

Berlin, 2. Dez. Das Reichskabinett hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, dem Reichstag in seiner ersten Sitzung am 4. Dezember ein Ermächtigungsgesetz vorzulegen, durch das die Regierung Vollmacht erhält, Maßnahmen zu treffen, die im Hinblick auf die Not des Volkes und des Reiches notwendig und dringend sind. Die Geltungsdauer des Gesetzes, das sich als ausgesprochenes Notgesetz charakterisiert, soll auf kurze Zeit beschränkt werden.

Das Abkommen mit der franz. Regie vor dem Abschluß

Berlin, 1. Dez. Im Interesse der Wiederbelebung des Verkehrs der besetzten Gebiete sind zwischen der deutschen Reichsbahn und der französisch-belgischen Eisenbahnregie in Mainz Verhandlungen über einen Modus zu Ende geführt worden. Diese haben nunmehr im Gegensatz zu früheren Verhandlungen einen solchen Verlauf genommen, daß die Zustimmung der deutschen Vertragsseite, vorbehaltlich der Genehmigung durch das Reichskabinett erwartet werden kann.

Württemberg

Stuttgart, 2. Dez. Verhaftet. In einem Cannstatter Krankenhaus wurde ein Pfleger verhaftet, dem die Bestrafung der Kranken übertragen war und der seine Pflichten gegenüber weiblichen Kranken in schamlosester Weise mißbraucht hatte.

Ludwigsburg, 2. Dez. Vom Rathaus. Der Gemeinderat hat der Aufnahme einer Schuld von 10 000 Millionen Mark für Bewährung eines Kredits an den Konsumverein zugestimmt. Der Verein wird den Kredit zur Beschaffung von Mehl, Fett und dergleichen verwerten.

Ullingen, Ost. Leonberg, 2. Dez. Jäger Tod. Der in der ganzen Umgebung bekannte Jägermeister Kämmerer erlitt während einer Jagdpartie auf dem Rab einen Herzschlag, der seinem Leben ein Ende setzte.

Heilbronn, 2. Dez. Die Polizeistunde wurde vom Gemeinderat mit Ausnahme des Samstags auf 11 Uhr abends vorgezogen.

Waldenburg, Ost. Döhringen, 1. Dez. Sturmisch. d. n. An der von der Stadt nach dem Bahnhof zu führenden Telegraphenleitung wurde durch den Sturm und auch dadurch, daß die Drähte vereist und übermäßig beschwert wurden, ein erheblicher Schaden verursacht. Viele Telegraphenstangen wurden aus dem Erdboden herausgerissen. Sie liegen der Reihe nach zum Teil über dem Gehweg.

Jungbühlhausen, Ost. Künzelsau, 1. Dez. Wildddieb. Als der Jagdwächter Dübber mit einem Jagdcollegen eine nächtliche Streife unternahm, wurde ein Wildddieb auf trügerischer Tot erwischt. Der letztere auf Wut auf die Jäger schoß, gab es ebenfalls Feuer, worauf der Wildddieb sich vor dem Frevler, der übrigens nicht unbedeutende Verletzungen davontrug, wurde bald ermittelt.

Ulm, 2. Dez. Ausfall der Messe. Die in die Zeit vom 2. bis 9. Dezember fallende Wintermesse, die sog. Weltmesse, kann aus finanziellen Gründen nicht abgehalten werden. Die gemaltigen Bahn- und Frachtauslagen usw. machen es den Verkäufern und Schaustellern unmöglich, ihr Gewerbe auszuüben.

Schwennungen, 2. Dez. Auswanderung. Nachdem in den letzten Tagen eine ganze Verwandtschaft mit 30 Personen Schwennungen verlassen, um den Weg über das große Wasser anzutreten und sich in America eine neue Existenz zu schaffen, wandert Ende Dezember eine Partie von etwa 200 Personen von hier nach Südamerika aus, um dort ihr Glück zu suchen.

Calw. Oberleit. ein Mahle beim hiesigen Oberamt wurde die nachgesuchte Entlassung aus dem Staatsdienst gewährt.

Wirtl. Landesrat

Großes Haus, 3. Dez. C 13: Braut von Tullias (7.30 bis 10). — 5. F 14: Mithras (7-10.15). — 6. B 14: Die unglückliche Weiber von Windorf (7-10). — 7. C 14: Notensaal (8.30-10.15). — 8. E 14: Martha (7.30-10). — 9. Oberon (7-10).

Kleines Haus, 4. Beer Grant (8.30-10.15). — 5. D 14: Das Konzert (7-9.45). — 7. A 15: Othello (7-10.15). — 8. Sondernote für Auswärtige 7: Der lebende Leichnam (8.30-9.30). — 9. Morgenfeier: Ibsen (11.15-12.30). F 15: Das Konzert (7.30-10). — 10. B 15: Hannes Himmelfahrt (7.30-9.30).

Karlruhe, 2. Dez. Der Senat der Technischen Hochschule hat dem Fabrikanten Max Fehler in Pforzheim wegen seines bahnbrechenden Erfindungen auf dem Gebiete der Hochdruck-Industrie, wie auch wegen seiner Verdienste um die Hebung des heimischen Bergbaues und um die Wässerung der akademische Würde eines Ehren-Senators verliehen.

Aus Stadt und Bezirk.

Kalw, den 3. Dezember 1923.

Die älteste Einwohnerin Ragolds und wohl auch der Bezirks Frau Marie Karolde Witwe, darf heute ihren 90. Geburtstag begehen. Bei diesem Anlaß gedenken wir der vielen Wohltaten und Ertugungen, die die Jubilarin und ihr im Jahre 1916 verstorbenen Gatte in früheren Jahren der Kirche und Stadt besonders der Kleinkinderschule erwiesen haben. Die Jubilarin erfreut sich körperlicher Frische und wir wünschen ihr noch einen gesegneten Lebensabend.

In den Ruhestand versetzt wurde mit Wirkung vom 1. Dez. Herr Eisenbahnverwalter Schorpp. Bei dieser Gelegenheit wurde ihm seitens der Eisenbahnverwaltung für seine langjährigen treuen Dienste Dank und Anerkennung ausgesprochen. Herr Schorpp ist seit 43 Jahren bei der Eisenbahnverwaltung Ragolds tätig. Seiner Zurückziehung ging eine Abschiedsfeier voraus, die ihm seine Vorgesetzten und Kollegen bereiteten und bei der st. Bahnhofsvorstand Oberstassenvorsteher Blum in feierlicher Ansprache dem Ausscheidenden Lob und Anerkennung schenkte. Herr Schorpp war außerdem 15 Jahre Vorstand und Obmann der Bezirkskollegen und hat es verstanden seine Obmannschaft zu führen, was ihm der würt. Eisenbahnverwalter in einer Anerkennung ausgesprochen hat. Wir wünschen Herrn Schorpp noch einen langen und schönen Lebensabend.

Vortrag. Im Festsaal des Seminars wird heute abend 8 Uhr Herr Hauptlehrer Hürtling von Holzbrunn über Land und Leute in Mittelamerika (Guatemala) sprechen, worauf wir besonders auch die Auswanderungslustigen aufmerksam machen. Freiwillige Gaben kommen der Seminarleitung zu gute.

Erschweren
Wirren in
veronacht
scharfen
nahmefähig
Dringlichkeit
enthalten
wiederholt
besteht, daß
len. — K

Frachtw
besördert
wirtschaftl
g u i zum
gemüßig
Frachtw
beschränkt

ep. De
bände in
mit der B
beteiligung
Führung de

Waldb
Samstag
540 Weib
Kensler
anderer A
min wac

Kähler
D. Kähler
den Folgen

Wo fin
Kahzel Ne
tagsgewöh
ihre ledig
Armen? —
büchle öff
frage ist

Milch
genüßig
sie auch
Schaden
Betrieb, ei
dung ersa
mal aus

Gedäch
englischer
seiner Vie
die reibar
chen könne
groß, daß
ihren Rort
mit ihnen
er einen
gefördert
geheimnis
preisgegeb

Das g
erhält sich
der Stone
niederfeste
30-jährige
Erde erhal

photograph
Sienische
tographisch
Bargium,
fen soll,
Arbeit den
Fuß hoch

Es wird
Herne
du ne
wilt

Sag
Amiens.
ronne. De
überkomm
etwas jäu

Bergm
Römertra
außer hell
nichts
blinkende,
haben. —

mit dem
unter uns
liegen. Re
oder absp
freund auf
wir alle in
nach, die

Zwei nebr
Nollandun
holz endel
von uns
schließen
den bewegt
und laßt
fabre hink
legt.

In Bel
sicherheit
nicht mehr
fen. Beim
feuer

